



Freihandel und Finanzdienstleistungen – Die WTO als Stolperstein für die Regulierung der Finanzmärkte

Die Liberalisierung und Deregulierung von Finanzdienstleistungen war eine wesentliche Ursache der Finanzkrise. Erst die Deregulierung der Finanzmärkte in vielen Ländern hat es ermöglicht, dass in den letzten Jahren unkontrollierbare Finanzinstitute und Finanzinstrumente entstanden. Weitgehend unbekannt ist dabei, dass auch die Welthandelsorganisation WTO maßgeblich an der Liberalisierung der weltweiten Märkte für Finanzdienstleistungen beteiligt war. Im Rahmen des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS wurde von Beginn an über die Liberalisierung und Deregulierung in den Sektoren Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften verhandelt. Auch in der laufenden Doha-Runde sowie in bilateralen und regionalen Abkommen steht die weitere Liberalisierung und Deregulierung von Finanzdienstleistungen auf der Agenda.

Die Ziele der Verhandlungen zu Dienstleistungen im Rahmen des GATS stehen den derzeit aufkeimenden Diskussionen zur Regulierung der Finanzmärkte diametral entgegen. Dies gilt auch für einige der bereits eingegangenen Verpflichtungen. Kommt es zu neuen Ergebnissen in der laufenden WTO-Runde und werden weitere bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen, droht sich dieser Widerspruch zu verschärfen. Dennoch drängen Regierungen und Finanzdienstleistungslobby weiter auf den Abschluss von Freihandelsverträgen.

Die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen in Freihandelsabkommen

Hauptziel des GATS ist die rechtliche Festschreibung der fortschreitenden Liberalisierung sämtlicher Dienstleistungsmärkte, darunter auch die Finanzdienstleistungen. Das Abkommen umfasst dabei sowohl den Handel als auch die Investitionstätigkeiten von Dienstleistungsunternehmen. Ziel des GATS ist es, dass sich die Mitgliedsstaaten zu weit reichenden Marktöffnungen verpflichten und diese damit rechtlich festschreiben.

Aufgrund starker Interessenkonflikte, vor allem zwischen den aufstrebenden asiatischen Ländern und den USA, konnte im Jahr 1995 bei der Gründung der WTO noch keine Einigung im Bereich Finanzdienstleistungen erzielt werden. Deswegen wurde erst zwei Jahre später ein Finanzdienstleistungsabkommen im Rahmen des GATS abgeschlossen, das 1999 in Kraft trat. Haupttriebkraft für das Zustandekommen des Abkommens war die Lobby der US-amerikanischen und europäischen Finanzunternehmen, die sich in der „Financial Leaders Group“ organisierte. Durch die starke privatwirtschaftliche Unterstützung gilt das Finanzdienstleistungsabkommen als einer der großen Erfolge der transatlantischen Marktöffnungspolitik. Doch für die EU, die USA und die Finanzdienstleistungslobby ist der aktuelle Stand der GATS-Verpflichtungen noch immer nicht weit reichend genug. Deshalb setzen sie zum einen auf weitere Marktöffnungsverpflichtungen im Rahmen des GATS und

drängen zum anderen auf weitere Liberalisierung im Rahmen von bilateralen und regionalen Abkommen wie beispielsweise dem geplanten EU-Indien-Freihandelsabkommen.

Ziel der Verhandlungen zur Liberalisierung von Finanzdienstleistungen im Rahmen der WTO und der bilateralen Abkommen ist es, Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften möglichst weit reichenden Marktzugang auf ausländischen Märkten zu verschaffen. Als „Handels- und Investitionshemmnisse“ gelten dabei etwa Eigenkapitalvorschriften, Lizenzen oder Beschränkungen der Geschäftstätigkeit wie z.B. der Handel mit hochspekulativen Derivaten. Bei all diesen Maßnahmen handelt es sich um Regulierungen, die der Stabilität des Finanzwesens dienen. Das hat die aktuelle Finanzkrise sehr deutlich gemacht. Auch Auflagen zur Vergabe von Krediten an bestimmte Zielgruppen wie kleinere Unternehmen oder die ländliche Bevölkerung geraten durch die Liberalisierungsagenda unter Druck. Damit wird sich insbesondere der Zugang der Armen zu Finanzdienstleistungen weiter verschlechtern.

Freihandel kontra Reregulierung

Sei es die Bundesregierung, die EU oder vor allem die G-20 – überall wird über eine Reregulierung der Finanzmärkte gesprochen. Auch wenn den Worten noch kaum Taten gefolgt sind, ist das neue Bewusstsein für die Bedeutung staatlicher Regulierung doch ein erster Ansatz, um zu einem stabileren Finanzsystem zu gelangen. Umso problematischer und heuchlerischer ist es, wenn eben jene Akteure, die öffentlich für Regulierung eintreten, gleichzeitig auf eine weitere Ausweitung von Freihandelsverträgen drängen. Das machen drei Beispiele deutlich:

- Der Abbau von Kapitalverkehrskontrollen (KVKs) gilt als eine wichtige Ursache der Asienkrise 1997. Deswegen haben in der aktuellen Krise einige Länder, wie zum Beispiel die Ukraine und Kasachstan, wieder KVKs eingeführt. Auch in anderen

Ländern außerhalb des OECD-Raums bestehen noch solche Kontrollen. Das GATS und ebenso die bilateralen Freihandelsabkommen sehen allerdings eine Abschaffung der KVKS vor – trotz ihrer offensichtlich stabilisierenden Wirkung.

- In den aktuellen Reformdiskussionen spielen Fragen der Finanzaufsicht eine zentrale Rolle. Dabei geht es um die Bewertung von Vermögenswerten oder Eigenkapitaleinlagen für risikoreiche Geschäfte. Im GATS darf das Aufsichtsrecht nur dann eingesetzt werden, wenn die Rechte ausländischer Anbieter nicht eingeschränkt werden. Damit könnten die Zugriffsmöglichkeiten von aufsichtsrechtlichen Institutionen eingeschränkt werden.
- In den letzten Jahren wurde viel über „toxische Papiere“ und deren destabilisierende Wirkung diskutiert. Effektive Regelungen für Finanzinstrumente wie Kreditderivate, die entscheidend zum Ausbruch der Finanzkrise beigetragen haben,

oder Rohstoffutures, mit denen insbesondere Hedge Funds massiv spekulieren und damit für die Nahrungsmittelkrise in den Jahren 2007 und 2008 mitverantwortlich sind, gibt es bisher jedoch nicht. Immerhin sind bestimmte Finanzgeschäfte, wie Leerverkäufe, zeitweise für bestimmte Branchen verboten worden, beispielsweise in Deutschland, den USA und Großbritannien. Doch im Rahmen des GATS-Finanzdienstleistungsabkommen können solche Verbote als „handelsbeschränkend“ gelten.

Wenn die Handelsdiplomaten und Pascal Lamy einen Abschluss der WTO-Runde als Beitrag zur Lösung der Finanzkrise darstellen, ignorieren sie die engen Zusammenhänge zwischen dem Zusammenbruch der weltweiten Finanzmärkte und der Liberalisierungspolitik der WTO. Das zeigt: Wer zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise auf die WTO setzt, macht den Bock zum Gärtner.

Banken für die Reichen: Die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen in Indien

Für die europäischen Banken ist Indien vor allem eins: ein lukrativer und noch weitgehend unerschlossener Markt. Der indische Finanzsektor wurde nach der Unabhängigkeit des Landes zunächst weitgehend verstaatlicht und zugunsten der armen und ländlichen Bevölkerung stark reguliert. Erst seit 1990 setzte ein Liberalisierungsprozess ein. Dieser wurde von der indischen Regierung vorangetrieben und durch die GATS-Verhandlungen weiter befördert und rechtlich festgeschrieben. So verpflichtete sich Indien beispielsweise im GATS dazu, jährlich mindestens zwölf neue Lizenzen für ausländische Banken zu vergeben. Im Rahmen der Verhandlungen zum EU-Indien-Freihandelsabkommen drängt nun die europäische Bankenlobby auf den Abbau der letzten noch bestehenden Auflagen für Banken bei der Kreditvergabe. Für ausländische Banken sind diese Auflagen allerdings ohnehin schon lockerer als für die einheimischen. Für die arme Bevölkerung auf dem Land bedeutet dies, dass sich ihr Zugang zu Finanzdienstleistungen weiter verschlechtern wird.

Links

www.weed-online.org
www.eed.de/welthandel

Literatur

Denk, Wendelin E. (2009): Aus der Krise nichts gelernt? Liberalisierung von Finanzdienstleistungen in neuen EU-Handelsabkommen. Arbeitspapier des Forums Umwelt und Entwicklung und WEED. Bonn/Berlin. URL: http://www2.weed-online.org/uploads/weedforumue_finanzdienstleistungslib_in_eu_handelsabkommen_juni2009.pdf

Wegmann, Vera (2009): Banken für die Reichen. Die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen in Freihandelsabkommen am Beispiel Indien. WEED-Hintergrund. Berlin. URL: http://www2.weed-online.org/uploads/weed_hintergrund_banken_indien.pdf

Stichele, Myriam (2009): „Free Trade“ Agreements contribute to financial and other crises. SOMO. Amsterdam. URL: http://somo.nl/publications-en/Publication_3013/view

Aktiv werden

Online-Petition an den Bundestag für eine Finanztransaktionssteuer: <http://www.steuer-gegen-armut.org>

Kontakt

EED: Michael Frein, Mobil +49-(0)173-5359992; Michael.Frein@eed.de
WEED: Peter Fuchs, Mobil: +49-(0)177-6334900; Peter.Fuchs@weed-online.org
Nicola Jaeger, +49-(0)30-275 96 643; Nicola.Jaeger@weed-online.org